

Sabrina Dettmer, Elisabeth Erves, Knut Foraita, Jens Goldmann, Dr. Thomas Hausmann,
Hartmut Nunn, Uwe Schewe

Herausgeber: Sabrina Dettmer, Dr. Thomas Hausmann

Prüfungsvorbereitung für Verwaltungsfachangestellte

4. Auflage

Bestellnummer 41100



Bildungsverlag EINS



Haben Sie Anregungen oder Kritikpunkte zu diesem Produkt?
Dann senden Sie eine E-Mail an 41100_004@bv-1.de.
Autoren und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

Bildquellenverzeichnis:

Umschlagfoto:

mauritius images GmbH, Mittenwald-Sammy

Innenteil:

Bermoser und Höller Verlag, Aachen, S. 132

picture-alliance/dpa-infografik, S. 130, 131

www.bildungsverlag1.de

Bildungsverlag EINS GmbH
Hansestraße 115, 51149 Köln

ISBN 978-3-427-41100-0

© Copyright 2012: Bildungsverlag EINS GmbH, Köln

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Vorwort

Das vorliegende Prüfungsbuch richtet sich an **Auszubildende mit dem Berufsabschluss Verwaltungsfachangestellte/-er**. Davon unbenommen kann das Buch auch Lernenden in anderen Bildungsgängen sowie Praktikern hilfreich sein.

Nach der Verordnung über die Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellten/zur Verwaltungsfachangestellten vom 19. Mai 1999 umfasst die Abschlussprüfung schriftliche Arbeiten in folgenden Bereichen:

Verwaltungsbetriebswirtschaft, höchstens 135 Minuten,

Personalwesen, höchstens 120 Minuten,

Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahren, höchstens 120 Minuten,

Wirtschafts- und Sozialkunde (mit den Gebieten staats- und verfassungsrechtliche Zusammenhänge, Vertragsrecht sowie Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftspolitik), höchstens 90 Minuten.

Im anschließenden Prüfungsbereich **Fallbezogene Rechtsanwendung** ist eine im Berufsleben von Verwaltungsfachangestellten der jeweiligen Fachrichtung (z.B. Landes- und Kommunalverwaltung) vorkommende Aufgabe zu bearbeiten, die den Ausgangspunkt für ein sich anschließendes Prüfungsgespräch bildet. In dem Gespräch mit einem Besucher/einer Besucherin soll der Prüfling zeigen, „dass er Arbeitsergebnisse bürgerorientiert darstellen sowie in berufstypischen Situationen kommunizieren und kooperieren kann“. Die Lösung der Aufgabe und das anschließende **Rollenspiel** sollen 45 Minuten nicht überschreiten.

Die Autoren haben für das vorliegende Buch zu jedem Prüfungsbereich **zahlreiche Aufgaben** mit dem in der Verordnung geforderten **Praxisbezug** erstellt, deren **Lösungen** im zweiten Teil des Buches enthalten sind. Dabei haben sie sich das Ziel gesetzt, dazu beizutragen, die Benutzer des Buches zielgerichtet auf die Abschlussprüfung vorzubereiten. Dies soll maßgeblich dazu führen, dass die Kandidaten der Prüfung ohne (oder zumindest mit viel weniger) „Prüfungsangst“ entgegensehen.

Die Aufgaben orientieren sich in der Regel an der vorgesehenen **Bearbeitungszeit**. Für grundlegende Übungsarbeiten sind Aufgaben eingestreut, deren Lösung eine abweichende Bearbeitungszeit erfordert.

Die Aufgaben sind teilweise unter Hinzuziehung inhaltlich weitgehend übereinstimmender landesrechtlicher Vorschriften zu lösen. In diesen Fällen ist in der Lösung angegeben, welche Landesvorschriften als Muster für die Lernenden benutzt worden sind.

Die Herausgeber möchten es nicht versäumen, dem Verlag und den Co-Autoren für ihr außergewöhnliches Engagement zu danken, das oben genannte Ziel mit diesem Prüfungsbuch zu erreichen. Besonders wertvoll war dabei die langjährige Erfahrung von Herrn Walter Prophete in Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen, die durch seine unermüdete Initiative in die ersten drei Auflagen dieses Prüfungsbuch einfließen konnten; für diese Leistung danken wir ihm.

Autoren und Herausgeber sind für zukunftsweisende Anregungen und konstruktive Kritik stets aufgeschlossen.

Die Herausgeber

Prüfungsbereich A: Verwaltungsbetriebswirtschaft

1	Zweifel und Fragen bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans einer Stadt	9
2	Nicht genehmigtes Feuerwehrauto sorgt für Wirbel – Zustandekommen und Genehmigung der Haushaltssatzung	11
3	Ablehnung des Erlasses einer Forderung mit Hinweis auf Stundung	12
4	Mittelbewirtschaftung bei der Feuerwehr – den Haushaltsansatz überschreitende Ausgaben	13
5	Fehler im Entwurf eines Unterabschnitts – Budgetierung – Kostenfeststellung	14
6	Bewirtschaftung von Bauunterhaltungsmitteln – den Haushaltsansatz überschreitende Ausgaben	16
7	Beschränkte Ausschreibung einer Leistung	17
8	Beschränkte Ausschreibung einer Materiallieferung für einen Bauhof	17
9	Verspätete Haushaltssatzung – vorläufige Haushaltsführung	18
10	Veranschlagung kalkulatorischer Kosten	19
11	Mittelbewirtschaftung beim Senioren-Pflegeheim	20
12	Zeitliche bertragbarkeit – Veranschlagung von Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan	23
13	Niederschlagung einer Forderung	24
14	Mittelbewirtschaftung beim Personalamt	25
15	Veränderung gemeindlicher Ansprüche	26
16	Beschaffung nach beschränkter Ausschreibung	27
17	Einführung in die kaufmännische Buchführung	29
18	Einführung in das Rechnungswesen und die Kosten- und Leistungsrechnung	30
19	Feststellung von Buchungssätzen	32
20	Umsatzsteuer	34
21	Abschreibungen	36
22	Sammelposten	37
23	Der Betriebsabrechnungsbogen	38
24	Die städtische Tischlerei	39
25	Betriebliche Kennziffern	41

Prüfungsbereich B: Personalwesen

1	Beschäftigung Schwerbehinderter – Eingruppierung nach TVöD – Vergütung	43
2	Geltung des TVöD – Arbeitsvertrag – Probezeit – vorläufige Zuordnung der Vergütungsgruppen zu den Entgeltgruppen – Vergütung	47
3	Beamten- und Beschäftigtenverhältnis im Vergleich	47
4	Beendigung von Arbeitsverhältnissen	48
5	Personalauswahl – Beschäftigungszeit – Vergütung – außerordentliche Kündigung – Mutterschutz	49
6	Beschäftigung einer schwerbehinderten Angestellten – Vergütung – Mehrarbeit	51
7	Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung	51
8	Anzeige- und Nachweispflichten bei Arbeitsunfähigkeit – ordentliche Kündigung	52
9	Kündigungsfrist – Zeugnisanspruch	54
10	Befristeter Arbeitsvertrag – Teilzeit – Kündigung während der Probezeit ...	55
11	Aufhebungsvertrag – Abfindung	56
12	Inhalt von Arbeitsverhältnissen	57
13	Tarifautomatik – Stellenplan – Eingruppierung	58
14	Tarifbindung – TVöD – Tarifvertragsparteien	59
15	Einstellung eines Beamtenanwärters – Besoldungsdienstalter – Beendigung des Dienstverhältnisses	59
16	Beamter – Ernennung – Dienstherrenwechsel – Beförderung	61
17	Nicht genehmigte Nebentätigkeit	62
18	Abmahnung – Kündigung	62
19	Verfahrens- und Formvorschriften – TVöD	63
20	Änderungskündigung	64
21	Einstellungsfomalitäten	65
22	Fristlose Kündigung	65
23	Kündigungsrecht	66
24	Aus- und Weiterbildung als Beiträge zur Personalentwicklung	67
25	Jugendarbeitsschutz – Berufsschule – Kündigung des Ausbildungsverhältnisses	68
26	Auskunftspflicht eines Bewerbers – Vertretungszulage – Erholungsurlaub ...	69
27	Arbeitszeit	70
28	Auswertung von Bewerbungsschreiben	72

Prüfungsbereich C: Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahren

1	Bedarf der Betrieb einer Speisewirtschaft mit Gästezimmern einer Erlaubnis?	75
2	Durch Hundegebell gestörte Nachtruhe	75
3	Ablehnung einer Reisegewerbekarte	76
4	Der „scharfe“ Spitz	77
5	Erlaubnis zum Betrieb eines Imbissstandes	78
6	Widerruf der Gewerbeerlaubnis	79
7	Fehler bei Verwaltungsakten – Grundbegriffe	80
8	Sperrzeitverkürzung	80
9	Grundzüge des Gewerberechts	81
10	Zwangsmittel, Androhungsbescheid	82
11	Widerspruchsverfahren	83
12	Ablehnung von Sonderurlaub	83
13	Rückforderung einer Schülerjahreskarte	84
14	Ausnahme von der Anschnallpflicht	85
15	Die verkehrswidrig parkenden Fahrzeuge	86
16	Wiedergestattung eines Gewerbes	87
17	Flatrate-Party	88
18	Die zu laute Gaststätte	90
19	Der klingelnde Eismann	91
20	Ein Landwirt im Urlaub	94
21	Das lästige Fahrtenbuch	96
22	Schlampiger Umgang mit roten Kraftfahrzeugkennzeichen	98
23	Genehmigung zum Abfalltransport	100
24	Die Seminarerlaubnis	101

Prüfungsbereich D: Wirtschafts- und Sozialkunde

1	Wahl des Deutschen Bundestags	103
2	Indemnität und Immunität der Bundestagsabgeordneten	104
3	Fraktionszwang	105
4	Bundesrat – Wahl des Bundespräsidenten – Gliederung des Bundesgebiets ..	105
5	Wahl des Bundeskanzlers	106
6	Entlassung eines umstrittenen Bundesministers	106
7	Grundrechte und Privatrecht	107

8	Grundrechte und Verkehrsrecht	108
9	Gesetze zum Verkehr mit Futtermitteln und zur Änderung des Grundgesetzes	108
10	Gesetzesinitiative – Zustimmungsgesetz	109
11	Änderungen des Grundgesetzes?	110
12	Gesetzgebungskompetenz	111
13	Das verfassungswidrige Kindererziehungssicherungsgesetz	112
14	Änderung in der Sozialgesetzgebung	113
15	Ein Dienstwagen für den Bürgermeister	114
16	Das Abschiedsgeschenk für den Beigeordneten	114
17	Erfüllungsgeschäft beim Kaufvertrag	115
18	Sachenrecht – Eigentumsübertragung	116
19	Einkauf mit Hindernissen	116
20	Die vergessenen Schreibtischstühle	117
21	Das gemietete Faxgerät	118
22	Die zerstörten Espressotassen	119
23	Der gemietete Kleintransporter	119
24	Das durchnässte Bauamt	120
25	Ein schmerzhafter Einkauf	121
26	Hürden auf dem Weg zum Ansehen	122
27	Verzugseintritt aufgrund besonderer Umstände	123
28	Verjährung von Ansprüchen	123
29	Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Dienst an der Waffe in der Bundeswehr	124
30	BAföG für ein Studium in Italien	125
31	Die nicht rechtzeitig umgesetzte Richtlinie	126
32	Kraftstoffkosten – der Markt	127
33	Essenszubereitung – der Markt	127
34	Der Wirtschaftskreislauf	128
35	Wirtschaftspolitik	130
36	Produktionsfaktoren	133
37	Allgemeine Wirtschaftslehre	134

Lösungen Prüfungsbereich A bis D	135–350
-----------------------------------------------	----------------

Exkurs: Die fachpraktische Prüfung für Verwaltungsfachangestellte

1	Rechtliche Grundlagen	351
2	Inhalt der praktischen Prüfung	352
3	Die Prüfungsaufgabe	353
4	Ablauf der praktischen Prüfung	353
4.1	Organisation	353
4.2	Besonderheiten der praktischen Prüfung	354
5	Vorbereitung der praktischen Übungen durch den Prüfling	354
6	Gestaltung der Vorbereitungszeit	355
7	Verhalten während des Prüfungsgesprächs	356
8	Beispielfälle für die praktische Prüfung	356
8.1	Vertragsrecht	357
	Sachverhalt mit zugehörigen Aufgaben	357
	Lösungen	358
8.2	Verwaltungsbetriebswirtschaft – praktische Übung 1	360
	Sachverhalt mit zugehöriger Aufgabe	360
	Lösung	361
8.3	Verwaltungsbetriebswirtschaft – praktische Übung 2	362
	Sachverhalt mit zugehöriger Aufgabe	362
	Lösung	362
8.4	Verwaltungsbetriebswirtschaft – praktische Übung 3	364
	Sachverhalt mit zugehöriger Aufgabe	364
	Lösung	364
8.5	Personalwesen – praktische Übung 1	365
	Sachverhalt mit zugehöriger Aufgabe	365
	Lösung	366
8.6	Personalwesen – praktische Übung 2	367
	Sachverhalt mit zugehörigen Aufgaben	367
	Lösungen	367
8.7	Personalwesen – praktische Übung 3	368
	Sachverhalt mit zugehöriger Aufgabe	368
	Lösung	369
8.8	Verwaltungsrecht und -verfahren (Ordnungsrecht) – praktische Übung 1	370
	Sachverhalt mit zugehöriger Aufgabe	370
	Lösung	371
8.9	Verwaltungsrecht und -verfahren (Kommunalrecht) – praktische Übung 2	371
	Sachverhalt mit zugehöriger Aufgabe	371
	Lösung	372
8.10	Verwaltungsrecht und -verfahren (Sozialrecht) – praktische Übung 3 ...	373
	Sachverhalt mit zugehöriger Aufgabe	373
	Lösung	373
	Sachwortverzeichnis	375

PRÜFUNGSBEREICH A

VERWALTUNGSBETRIEBSWIRTSCHAFT

1 Zweifel und Fragen bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans einer Stadt

HILFSMITTEL Texte der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung (Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung)

Bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans der Stadt B. für das kommende Haushaltsjahr ergeben sich Fragen und Zweifel.

Nehmen Sie zu den Zweifeln und Fragen Stellung und geben Sie dabei an, auf welche Vorschriften Sie Ihre Ansichten und Vorschläge stützen.

AUFGABEN

- 1 Können die vom Ordnungsamt auferlegten Bußgelder und die in Verwaltungsverfahren festgesetzten Zwangsgelder in einer Haushaltsstelle veranschlagt werden?
- 2 Für Hilfeleistungen der Feuerwehr sind bisher 4800,00 EUR Einnahmen veranschlagt worden. Kann vorgesehen werden, etwaige Mehreinnahmen zur Bestreitung der Betriebskosten für die Fahrzeuge der Feuerwehr zu verwenden?
- 3 Welche Unterlagen müssen vorliegen, um die Mittel für die Erweiterung des Kindergartens in der Tulpenstraße in den Entwurf aufnehmen zu können?
- 4 Kann auf die Veranschlagung der Verpflegungsentgelte der Mitarbeiter im Friedrich-Ebert-Haus, einem Altenheim, verzichtet und können entsprechend geringere Mittel für Personalausgaben angesetzt werden?
- 5 Die Stadtkasse nimmt die Kassengeschäfte auch für die kostenrechnenden Einrichtungen wahr. Müssen ihr deshalb ein Teil der Personal- und Sachausgaben erstattet und entsprechende Beträge veranschlagt werden?
- 6 Für den Bildschirmarbeitsplatz in der Steuerabteilung, der an die zentrale EDV-Anlage der Stadt angeschlossen ist, soll ein Netzwerk-Laserdrucker beschafft werden. Der Kaufpreis beträgt 390,00 EUR (inkl. MwSt.). Zur Aufstellung des Geräts soll bei dem gleichen Lieferanten der dazu empfohlene Unterstellisch bestellt werden, dessen Preis laut Preisliste 110,00 EUR (inkl. MwSt.) beträgt. Nach den Lieferungs- und Zahlungsbedingungen des Unternehmens werden außerdem 30,00 EUR (inkl. MwSt.) Transportkosten von der Stadt zu tragen sein. Was ist bei der Veranschlagung zu beachten?
- 7 Die städtische Musikschule möchte ein nur noch eingeschränkt gebrauchsfähiges Klavier aussondern und an einen Interessenten zum Preis von 350,00 EUR veräußern. Welchem Teilhaushalt ist die Einnahme zuzuordnen?

- 8 Es hat sich herausgestellt, dass die Stadt einen Teil der ihr im zu Ende gehenden Jahr im Rahmen des Finanzausgleichs gewährten Zuweisung dem Land zurückzahlen muss. In welcher Weise ist die Rückzahlung zu bewirken?
- 9 Müssen die Zins- und Tilgungszahlungen für die Kredite in einem Sammelnachweis zusammengefasst werden und sind dabei auch die Zinsen für Kassenkredite und innere Darlehen einzubeziehen?
- 10 Der Kleingartenverein „Roseneck“ hat in einer Eingabe gebeten, die Pachtzahlungen seiner Mitglieder an die Stadt für die Reparatur des Maschendrahtzaunes zum Schutz gegen Hasen und Kaninchen zu verwenden und im Haushaltsplan die Verwendung der Pachteinnahmen für diesen Zweck vorzusehen. Kann der Eingabe Rechnung getragen werden?
- 11 Anlässlich des Baus einer Turnhalle für die Realschule soll ein Kredit von 800 000,00 EUR aufgenommen werden; der Auszahlungskurs beträgt 96 %. In welcher Weise erfolgt die Veranschlagung?
- 12 Müssen die Kosten für die Instandsetzung des Gehwegs in der Nelkengasse und für den Ausbau der Rosenstraße im Verwaltungshaushalt oder im Vermögenshaushalt veranschlagt werden?
- 13 Müssen die Beiträge, die beim Ausbau des Gehwegs in der Lilienstraße erhoben werden sollen, im Haushaltsplan veranschlagt werden oder können sie bei den Verwahrgeldern vereinnahmt und sogleich zur Bezahlung von Unternehmerrechnungen verwendet werden?
- 14 Im kommenden Haushaltsjahr soll die Kindertagesstätte am Brockenblick erweitert werden. Die Maßnahme ist im Finanzplan für das nächste und das übernächste Jahr vorgesehen.
Wie kann ermöglicht werden, im kommenden Haushaltsjahr über den Haushaltsansatz hinausgehende Verpflichtungen einzugehen, um die Arbeiten sogleich in vollem Umfange vergeben zu können?
- 15 Können die Haushaltsstellen „Einbau eines Aufzugs im Dienstgebäude des Sozialamts“ und „Bauliche Unterhaltung des Dienstgebäudes“ für gegenseitig deckungsfähig erklärt werden?
- 16 Im laufenden Haushaltsjahr ist die Ergänzungsinvestition im Klärwerk fertiggestellt worden. Die Herstellungskosten betragen 8,7 Millionen EUR. 1,2 Millionen EUR wurden aus Mitteln des Landes zugeschossen, 1,5 Millionen EUR wurden der allgemeinen Rücklage entnommen und der Rest aus Kreditmitteln bestritten. Sie sind mit 5,8 % p. a. zu verzinsen. Die Nutzungsdauer dieses technischen Bauwerks wird 30 Jahre betragen. Welche kalkulatorischen Kosten sind zu veranschlagen?

[LÖSUNGEN Seite 135]

2 Nicht genehmigtes Feuerwehrauto sorgt für Wirbel – Zustandekommen und Genehmigung der Haushaltssatzung

HILFSMITTEL Text der Kommunalverfassung (Gemeindeordnung)

Nicht genehmigtes Feuerwehrauto sorgt für Wirbel

Fichtenstadt. Erheblichen Staub aufgewirbelt hat der Verdacht, dass an der Stadtvertretung vorbei mit Tricks der Versuch unternommen worden ist, ein nicht genehmigtes Fahrzeug für die Feuerwehr anzuschaffen. Aufgefallen ist der Sachverhalt während der Etat-Beratungen für das kommende Jahr. Dabei fiel eine Mietkaufrate

für ein Tanklöschfahrzeug auf. Es stellte sich heraus, dass es sich um ein im Vorjahr genehmigtes Fahrzeug im Wert von damals 140 000,00 EUR handelte, dessen Anschaffung verschoben worden war, um ein teures Fahrzeug mit Sonderausstattung zu beschaffen.

In den Entwurf der Haushaltssatzung für das kommende Haushaltsjahr sind folgende Beträge aufgenommen worden:

Verwaltungshaushalt:	Einnahmen [*] :	48 702 500,00 EUR
	Ausgaben ^{**} :	48 702 500,00 EUR
Vermögenshaushalt:	Einnahmen ^{***} :	17 620 000,00 EUR
	Ausgaben ^{****} :	17 620 000,00 EUR
Kredite		8 500 000,00 EUR
Verpflichtungsermächtigungen		6 000 000,00 EUR
Kassenkredite ^{*****}		9 000 000,00 EUR

AUFGABEN

- 1 Erklären Sie den Grund des Wirbels in der Sitzung der Stadtvertretung und schildern Sie die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Haushaltswirtschaft.
- 2 Welche Gründe könnten die Verwaltung zu ihrem Verhalten bewogen haben?
- 3 Stellen Sie fest, ob die Angaben zum Entwurf der Haushaltssatzung vollständig sind und inwieweit die dem Entwurf entsprechende Haushaltssatzung genehmigungspflichtig wird.
- 4 Schildern Sie das Zustandekommen des Haushaltsplans.

[LÖSUNGEN Seite 140]

^{*} Im NKR: ordentliche Erträge im Ergebnishaushalt
^{**} Im NKR: ordentliche Aufwendungen im Ergebnishaushalt
^{***} Im NKR: Einzahlungen im Finanzhaushalt: 66 322 500,00 EUR
^{****} Im NKR: Auszahlungen im Finanzhaushalt: 66 322 500,00 EUR
^{*****} Im NKR: Liquiditätskredite

3 Ablehnung des Erlasses einer Forderung mit Hinweis auf Stundung

HILFSMITTEL Text der Gemeindehaushaltsverordnung (Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung)

BEARBEITUNGSHINWEIS

Nach einer Dienstanweisung der Stadt Rosenberg sind die Amtsleiter ermächtigt, über Anträge auf Stundung bis zum Betrag von 3000,00 EUR zu entscheiden. Über Erlassanträge entscheidet der Amtsleiter der Kämmerei bis zu einem Betrag von 1000,00 EUR.

Beim Kämmereiamt der Stadt Rosenberg geht folgendes Schreiben ein:

Sozialamt
-50.22-

Rosenberg, 07.08.20..

An das
Kämmereiamt

Erlass einer Forderung von 724,40 EUR gegen Frau Maria Funke

Herr Funke ist aufgrund seiner körperlichen Behinderung und Krankheit seit 3. Oktober v. J. im Alten- und Pflegeheim untergebracht. Mit unserem Leistungsbescheid vom 08. 01. d. J. wurde Frau Funke aufgefordert, zu den entstehenden Kosten monatlich 180,60 EUR beizutragen. Frau Funke hat daraufhin ihrer Bank einen Dauerauftrag erteilt; die Beträge für den Monat Februar und die folgenden Monate sind pünktlich eingegangen. Die Beträge für die vorhergehenden Monate Oktober bis Januar in Höhe von insgesamt 722,40 EUR kann Frau Funke nach ihrer Mitteilung nicht aufbringen, weil sie vor der Aufnahme ihres Ehemanns in das Alten- und Pflegeheim erhebliche Aufwendungen hatte. Frau Funke hat als Sekretärin bei der Firma Schlehdorn GmbH ein monatliches Netto-Einkommen von 1928,40 EUR. Ihre monatliche Miete beträgt 524,00 EUR; außerdem müssen Vorauszahlungen auf die Nebenkosten in Höhe von monatlich 130,00 EUR gezahlt werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Zahlungen jetzt laufend eingehen, hat Frau Funke mit Schreiben vom 02.08.20.. beantragt, die Forderung von 724,40 EUR zu erlassen.

Böthel, Abteilungsleiter

AUFGABEN

- 1 Prüfen Sie den Vorschlag des Sozialamts auf haushaltsrechtliche Zulässigkeit und legen Sie das Ergebnis in einem Vermerk nieder.
- 2 Entwerfen Sie das Antwortschreiben an das Sozialamt.

[LÖSUNGEN Seite 143]

4 Mittelbewirtschaftung bei der Feuerwehr – den Haushaltsansatz überschreitende Ausgaben

HILFSMITTEL Texte der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung (im NKR: Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung)

Mit dem Haushaltsplan der Stadt Lärchenhausen für das laufende Haushaltsjahr sind bei der Haushaltsstelle 130.553 (im NKR: Produktsachkonto 126.4251 bzw. .7251) „Unterhaltung der Fahrzeuge der Feuerwehr“ 42400,00 EUR bewilligt worden. Der Ansatz darf in Höhe der Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 130.118 (im NKR: Produktsachkonto 127.3321 bzw. .6321; beide Produkte sind demselben Teilhaushalt zugeordnet) „Entgelte für Krankentransporte“ verstärkt werden. Ein entsprechender Vermerk ist im Haushaltsplan ausgewiesen.

Bis Ende November mussten 46 Auszahlungsanordnungen über insgesamt 39896,47 EUR und ein Auftrag zur Reparatur des Fahrzeugs LHA 23 über 800,00 EUR erteilt werden. Im Dezember ergeben sich folgende Bewegungen:

48. 03. 12. Auszahlungsanordnung Tankstelle Oelmann	168,40 EUR
49. 08. 12. Auszahlungsanordnung Werkstatt Schnell, Reparatur des Fahrzeugs LHA 23	783,68 EUR
50. 12. 12. Auszahlungsanordnung Tankstelle Oelmann	163,20 EUR
51. 15. 12. Auftrag Firma Reifen-Max	680,00 EUR

Bei einem Einsatz am 17. Dezember ist eine Motorspritze beschädigt worden. Um die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr zu gewährleisten, muss die Instandsetzung, die 2100,00 EUR kosten wird, unverzüglich veranlasst werden. Nachdem der Sachbearbeiter festgestellt hat, dass die noch verfügbaren Mittel nicht ausreichen und bei der Haushaltsstelle 130.118 (im NKR: Produktsachkonto 127.3321 bzw. .6321) keine Mehreinnahmen erzielt worden sind, erwägt er

- a) die durch einen Preisnachlass bei der Haushaltsstelle 130.936 (im NKR: Produktsachkonto: 126.7831) „Beschaffung von Fahrzeugen“ eingesparten 540,00 EUR mit zu verwenden, nachdem die beiden Haushaltsstellen zuvor für gegenseitig deckungsfähig erklärt worden sind;
- b) die Haushaltsstelle 130.661 (im NKR: Produktsachkonto 126.4429 bzw. .7429) „Vermischte Ausgaben“ (Vermischte Aufwendungen/Auszahlungen), bei der noch 258,73 EUR verfügbar sind, mit in Anspruch zu nehmen;
- c) die Kosten der Instandsetzung zunächst bei den Vorschüssen verrechnen zu lassen und sie nach Beginn des folgenden Haushaltsjahres umzubuchen.

AUFGABEN

- 1 Richten Sie für die Haushaltsstelle 130.553 (im NKR: Produktsachkonto 126.4251 bzw. .7251) die Haushaltsüberwachungsliste ein und nehmen Sie die sich aus dem Sachverhalt ergebenden Eintragungen vor.
- 2 Erläutern Sie die Beziehungen zwischen den Haushaltsstellen 130.118 (im NKR: Produktsachkonto: 127.3321 bzw. .6321) und 130.553 (im NKR: Produktsachkonto 126.4251 bzw. .7251).
- 3 Beurteilen Sie die Erwägungen des Sachbearbeiters zu a) bis c) und begründen Sie Ihre Ansichten.
- 4 Stellen Sie fest, in welcher Weise eine haushaltsrechtliche Ermächtigung zur Leistung der entsprechenden Ausgabe erlangt werden kann und auf welche Weise die Mittel für die Instandsetzung der Motorspritze erschlossen werden können, und entwerfen Sie den erforderlichen Antrag.

[LÖSUNGEN Seite 145]

5 Fehler im Entwurf eines Unterabschnitts – Budgetierung – Kostenfeststellung

HILFSMITTEL Texte der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHKVO) und der Gliederungs- und Gruppierungsvorschriften.

Für das Theodor-Heuss-Wohnheim der Stadt Pappelhain ist für das kommende Haushaltsjahr der nachstehende Unterabschnitt aufgestellt worden. (Die Ansätze für das laufende Jahr und die Rechnungsergebnisse des vergangenen Jahres sollen nachgetragen werden).

	namentliche Bezeichnung der Haushaltsstelle	Ansatz EUR	Erläuterungen	NKR Konto-Nr.
UA	431 Theodor-Heuss-Wohnheim		Das Heim hat 38 Wohnungen.	
Grz	Einnahmen			Ertr./Einz.
.111	Entgelte für Mittagstisch	41 000,00		.3321
.130	Erlös aus dem Verkauf eines Geländestreifens	6 800,00		.3421
.142	Mieten	84 000,00	Zweckgebunden zugunsten von 431.500.	.3411
.150	Vermischte Einnahmen	300,00		.3591
Grz	Ausgaben			Aufw./ Ausz.
.4..	Personalausgaben SN 1	20 400,00		.40..

Grz	namentliche Bezeichnung der Haushaltsstelle	Ansatz EUR	Erläuterungen	NKR Konto-Nr.
.500	Unterhaltung des Grundstücks	8 200,00	Die Hst. 431.500 und 508 sind gegenseitig deckungsfähig.	.421100
.508	Einbau eines Aufzugs	60 000,00		.421110
.513	Unterhaltung der Grünanlagen einschl. der Kosten des Besuchs der Bundesgartenschau = 300,00 EUR	2 100,00		.4212
.520	Unterhaltung der Ausstattungsgegenstände und geringwertige Beschaffungen	3 200,00		.422100
.528	Ersatzbeschaffung von Geschirr und Bestecken	800,00		.422110
.540	Steuern und Abgaben für das Grundstück	3 100,00		.424100
.545	Grundstücksbewirtschaftungskosten	24 300,00		.424110
.570	Lebensmittel	38 000,00		.4271
.640	Grundstücks-Versicherungen	1 700,00		.4341
.652	Post- und Fernspreckgebühren – nach Abzug von 400,00 EUR für Privatgespräche	900,00		.4431
.679	Erstattung von Verwaltungskosten	7 200,00		.481100
.680	Abschreibungen (auf Gebäude)	18 700,00		.47113
.685	Verzinsung des Anlagekapitals	6 450,00		.9000 (KLR)
.935	Ersatzbeschaffung eines Herdes	350,00		.7831

AUFGABEN

- 1 Prüfen Sie den Entwurf. Die Beanstandungen sind unter Angabe der Nummer der Haushaltsstelle darzulegen und zu begründen.
- 2 Stellen Sie fest, mit welchen Summen unter Berücksichtigung der erforderlichen Änderungen der Unterabschnitt abschließt.
- 3 Klären Sie, welche Auswirkungen die Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben des Unterabschnitts zu einem Budget auf die Bewirtschaftung der Ausgabemittel des Unterabschnitts haben würde.
- 4 Erläutern Sie prinzipiell den Unterschied zwischen der Haushaltsrechnung und der Kosten- und Leistungsrechnung. Stellen Sie dar, mit welchen Abweichungen die Isteinnahmen und -ausgaben in die Kostenrechnung einfließen.

[LÖSUNGEN Seite 149]